

**Öffentlich-rechtlicher Vertrag  
zur Mängelbeseitigung aus der Sicherung und Rekultivierung der**

**Altablagerung „Müllkippe Falkenhain“,  
Gemeinde Drahnisdorf**

zwischen dem

**Landkreis Dahme - Spreewald**

vertreten durch den Landrat

Herrn Stefan Loge

Reutergasse 12

15907 Lübben (Spreewald)

(im Folgenden als LDS bezeichnet)

und der

**Gemeinde Drahnisdorf**

vertreten durch das

Amt Unterspreewald

Der Amtsdirektor

Herrn Henri Urchs

Markt 1

15938 Golßen

(im Folgenden als Gemeinde Drahnisdorf bezeichnet)

wird folgender öffentlich-rechtlicher Vertrag geschlossen:

## **Präambel**

Die Gemeinde Drahnisdorf ist Eigentümerin der Flurstücke 8/1, 11 und 12 in der Gemarkung Falkenhain, Flur 2. Auf Teilflächen dieser Flurstücke befindet sich die im ALKAT des LDS unter ISAL – Nr. 0332610057 registrierte Altablagerung „Müllkippe Falkenhain“. Diese wurde in den Jahren 1999 / 2000 auf Grundlage des öffentlich rechtlichen Vertrages vom 22.10.1998 zwischen der Gemeinde Falkenhain, vertreten durch das Amt Golßener Land und der Deponie Falkenhain GbR, Berlin gesichert und rekultiviert. Nach Abschluss der Arbeiten zur Sicherung wurde die Altablagerung im ALKAT des LDS unter dem Status „sanierte Altablagerung“ geführt.

Bei einer Routinekontrolle am 10.03.2017 wurde durch die uAWB /uB des LDS festgestellt, dass es insbesondere im südlichen und südwestlichen Bereich zu Absenkungen des Ablagerungskörpers gekommen ist. Das sind hauptsächlich die Bereiche, welche sich zu Beginn der Sanierungsarbeiten als „Restloch“ darstellten.

Durch die ergangenen Setzungen ist nicht mehr gewährleistet, dass anfallendes Niederschlagswasser obertägig oder hypoderm abgeleitet wird und außerhalb des Ablagerungskörpers schadlos versickert. Die Setzungen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Konsolidierung des nicht hinreichend verdichteten, mit organischen Bestandteilen durchsetzten Füllmaterials zurückzuführen (Teilfläche 1 mit ca. 7.600 m<sup>2</sup>).

Eine zweite, ca. 1.200 m<sup>2</sup> große Teilfläche der Altablagerung wurde bei den Sicherungs- und Rekultivierungsmaßnahmen nicht berücksichtigt. Somit ist mit der durchzuführenden Mängelbeseitigung eine Gesamtfläche von ca. 8.800 m<sup>2</sup> zu bearbeiten.

Gemäß § 5 Absatz 3 Bundes- Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12.07.1999 (BGBl. I S. 1554) sind Sicherungsmaßnahmen zur Sanierung geeignet, wenn sie

gewährleisten, dass durch die im Boden oder in Altlasten verbleibenden Schadstoffe dauerhaft keine Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit entstehen. Eine nachträgliche Wiederherstellung der Sicherungswirkung muss möglich sein.

Bei einer Sicherungsmaßnahme, welche die Elemente einer Abdeckung der bestehenden Altlast mit einer geeigneten Bodenschicht (§ 5 Abs.4 BBodSchV) und gleichzeitiger Herstellung eines Profilierungskörpers beinhaltet, ist dies regelmäßig gegeben.

Im Fall der Altablagerung „Müllkippe Falkenhain“ bedeutet es, dass durch Aufbringen von Schichten geeigneten Bodenmaterials der Profilierungskörper in der Form wiederherzustellen ist, dass anfallendes Niederschlagswasser weitgehend abgeleitet, sowie in der durchwurzelbaren Bodenschicht gespeichert und der Vegetation zur Verfügung gestellt wird.

Mit den in diesem öffentlich-rechtlichen Vertrag vereinbarten Maßnahmen wird die rechtlich gebotene Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Sicherungselemente durch die Abstellung der festgestellten Mängel gewährleistet.

## **§ 1 Gegenstand des Vertrages**

- (1) Die den Vertrag schließenden Parteien vereinbaren die Abstellung der festgestellten Mängel aus der in den Jahren 1999 / 2000 erfolgten Sicherungs- und Rekultivierungsmaßnahme. Dabei ist die Gemeinde Drahnsdorf als Maßnahmeträgerin und die uAWB / uB des LDS als Überwachungsbehörde tätig.
- (2) Maßgebend für die Ausführung der Mängelbeseitigung ist eine durch ein fachkundiges Unternehmen zu erarbeitende Maßnahmenliste. Diese hat für jedes zu betrachtende Sicherungselement die erforderlichen Maßnahmen nach Art, Menge und Qualität zu beschreiben.
- (3) Die Realisierung des Vorhabens erfolgt im Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde des LDS, der unteren Wasserbehörde des LDS, der unteren Bauaufsichtsbehörde des LDS und der unteren Forstbehörde. Diese werden, soweit es erforderlich ist, durch die uAWB /uB des LDS am Verfahren beteiligt.
- (4) Die unter § 1 Absatz 2 dieses Vertrages genannte Maßnahmenliste ist durch die zuständige Überwachungsbehörde zu bestätigen und gilt folgend für die Maßnahme als verbindlich.

## **§ 2 Allgemeines**

- (1) Der Baubeginn wird dem LDS - untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (uAWB/uB) – unabhängig bauordnungsbehördlicher Erfordernisse, durch die Maßnahmeträgerin zwei Wochen vorher schriftlich mitgeteilt. Darin werden die beauftragten Firmen zur Bauausführung und deren verantwortlicher Ansprechpartner unter Angabe der Firmenanschriften und Telefonnummern sowie das beauftragte Unternehmen für die Fremdüberwachung benannt.
- (2) Für die auszuführenden Erdarbeiten werden die Vorschriften der ZTVE-StB 94 und die allgemein anerkannten Regeln der Bautechnik angewendet. Bei Verfüllarbeiten ist die Vorschrift VBG 40 "Bagger, Lader, Planiergeräte, Schürfgeräte und Spezialgeräte des Erdbaus/Erdmaschinen" zu beachten.
- (3) Zeitgleich mit der Baubeginnanzeige wird der uAWB/uB seitens der Maßnahmeträgerin eine projektverantwortliche Person benannt.
- (4) Die für die Bauausführung relevanten Planungsunterlagen, Gutachten, Nachweise, Prüfungsergebnisse, Erlaubnisse und (soweit erforderlich) Genehmigungen werden den

zuständigen Kontrollbehörden auf deren Verlangen zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.

### **§ 3 Vorbereitende Maßnahmen**

- (1) Zur Mängelbeseitigung auf der AA „Müllkippe Falkenhain“ wird eine Baustelleneinrichtung vorgesehen, welche für die Dauer der Maßnahme zumindest die ordnungsgemäße Sicherung der Baustelle gewährleistet.
- (2) Die Altablagerung wird von oberflächlich aufliegenden gefährlichen Abfällen beräumt. Gleiches gilt für organische Abfälle und Materialien, welche im Zuge der Baumfällarbeiten in Vorbereitung der Maßnahme angefallen sind.
- (3) Die Maßnahmeträgerin informiert mit geeigneten Mitteln die Öffentlichkeit im Vorfeld über diese Sicherungs- und Rekultivierungsmaßnahme.

### **§ 4 Durchführung der Maßnahme**

- (1) Die Durchführung der Maßnahme erfolgt in Umsetzung der bestätigten Maßnahmeliste.
- (2) Zur Herstellung des Oberflächenprofils der Altablagerung ist die Verwertung mineralischer Abfälle zulässig. Die physikalischen und chemischen Eigenschaften der mineralischen Abfälle zur Verwertung müssen so beschaffen sein, dass keine der derzeit bestehenden Standortbedingungen verschlechtert werden (Verschlechterungsverbot).
- (3) Die Verwertung anderer Abfälle im Rahmen der Mängelbeseitigung muss unmittelbar der Erreichung des Maßnahmezieles oder den zu erbringenden Kompensationsmaßnahmen dienen. Das Erfordernis ist nachzuweisen.
- (4) Die Deklarationsanalysen oder die Erzeugerklärungen des zum Einbau vorgesehenen Materials werden mindestens drei Tage vor Anlieferung der uAWB /uB des LDS zur Prüfung und schriftlichen Freigabe vorgelegt.
- (5) Die Profilierung erfolgt so, dass ein dachähnliches Geländeprofil hergestellt wird, um eine Verringerung des Sickerwassereintrages in den Ablagerungskörper zu erreichen. Dieses ist dem bestehenden Geländeprofil und dem Nordteil der Altablagerung anzupassen.
- (6) Der Einbau des Materials erfolgt lagenweise und setzungsfrei unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik. Setzungsfreiheit ist gegeben, wenn in der Grob- und Feinprofilierungsschicht ein Verdichtungsgrad von  $D_{Pr} \geq 95 \%$  erreicht ist. Die Verdichtung ist nachzuweisen.
- (7) Die Maßnahmeträgerin verpflichtet sich, die Auflagen beteiligter Behörden, insbesondere naturschutzfachliche oder forstliche Kompensationsmaßnahmen, welche infolge des Eingriffs in den Naturhaushalt oder Wald beauftragt wurden, umfassend und nachweislich auszuführen. Naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen sind auf der Teilfläche 2 umzusetzen.

### **§ 5 zulässige Materialien**

- (1) Für die Grob- und Feinprofilierung sind ausschließlich die in der Maßnahmeliste beschriebenen und durch die Überwachungsbehörde bestätigten Abfallarten, mit eindeutig definierten chemischen und physikalischen Eigenschaften, zugelassen.



- (2) Der Einbau der mineralischen Abfälle darf nur nach ergangener Prüfung der jeweiligen Deklaration (i.d.R. von Haufwerken mit einem Volumen von ca. 500 m<sup>3</sup> als Doppelbeprobung mit A und B – Probe) und schriftlicher Einbaufreigabe erfolgen. Die Einbaufreigabe wird durch die uAWB /uB des LDS erteilt.
- (3) Zur Anlieferung der mineralischen Abfälle gilt das Lieferscheinverfahren. Anlieferungen, aus denen nicht eindeutig die Abfallart, der Erzeuger, Abfallherkunft, Transporteur, das Kfz - Kennzeichens des Lieferfahrzeuges, sowie die dazugehörige Deklaration hervorgeht, sind zurückzuweisen. Der Lieferschein ist zumindest vom Kraftfahrer zu unterzeichnen. Weitere Regelungen zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Annahme trifft die Maßnahmeträgerin mit ihren Vertragspartnern selbst.
- (4) Die Anlieferung / Vorlagerung von nicht zum Einbau freigegebenen Materials auf der Altablagerung ist nicht zulässig.
- (5) Fehllieferungen, welche einer Deklaration zugeordnet wurden, aber nach Art und Beschaffenheit dieser nicht entsprechen, sind zurückzuweisen. Bereits abgelagerte Haufwerke solcher Materialien sind auf einer gesondert gekennzeichneten und ausgewiesenen Sicherstellungsfläche zwischenzulagern. Die Maßnahmeträgerin gewährleistet die Beräumung dieser Abfälle von der Sicherstellungsfläche innerhalb von 5 Werktagen.  
Handelt es sich dabei um gefährliche Abfälle, ist die uAWB /uB des LDS und die Erzeugerbehörde (Überwachungsbehörde des Abfallerzeugers) sofort nach Feststellung des Tatbestandes zu informieren.
- (6) Ausnahmen von bestehenden Regelungen zur Verwertung mineralischer Abfälle bedürfen der Einzelfallprüfung und der schriftlichen Ausnahmegenehmigung der zuständigen Überwachungsbehörde.

## **§ 6 Überwachung der Maßnahme**

- (1) Es gelten vierteljährliche Bauberatungen als vereinbart. An diesen Bauberatungen nimmt mindestens je ein Vertreter der Maßnahmeträgerin, der Überwachungsbehörde sowie der durch die Maßnahmeträgerin für dieses Projekt vertraglich gebundenen Unternehmen teil. Die Einladung zu den Bauberatungen erfolgt durch die Maßnahmeträgerin.
- (2) Zu diesen Bauberatungen ist der Überwachungsbehörde die tatsächlich bis zu diesem Zeitpunkt eingebaute Menge mineralischer Abfälle (bezogen auf die jeweilige Deklaration) in Form einer kumulativen Tabelle zu übergeben.

## **§ 7 Maßnahmen zum Arbeitsschutz**

- (1) Vor der Baustelle werden durch das beauftragte Unternehmen ein Baustellenschild und ein Hinweisschild, wonach das Betreten durch Unbefugte verboten ist, aufgestellt.
- (2) Vertretern des LDS sowie von diesem beauftragte Personen, ist das Betreten der Baustelle auch ohne vorhergehende Ankündigung gestattet. Sie haben auch das Recht, die Baustelleneinrichtungen zu betreten, Einsicht in Unterlagen zu nehmen sowie technische Untersuchungen und Prüfungen vorzunehmen bzw. durch Dritte vornehmen zu lassen.

## **§ 8 Fertigstellung der Mängelbeseitigung**

- (1) Der Abschluss der Mängelbeseitigung wird der uAWB/uB des LDS durch die Maßnahmeträgerin mindestens zwei Wochen vorher angezeigt. Eine förmliche Abnahme

der Maßnahme zur Mängelbeseitigung durch die uAWB/uB gemeinsam mit der Maßnahmeträgerin und weiteren zuständigen Behörden gilt als vereinbart.

(2) Mit der Mitteilung der Fertigstellung werden der uAWB/uB des LDS durch die Maßnahmeträgerin folgende Unterlagen zur Prüfung übergeben:

- Abschlussbericht der Maßnahme mit Darstellung der zeitlichen Abfolge der durchgeführten Arbeiten, mit tabellarisch gelisteten Herkunftsnachweisen / Deklarationsanalysen der zur Mängelbeseitigung verwendeten mineralischen Abfälle und Böden;

## § 9 Nachsorge

(1) Ein Nachsorgezeitraum ist nicht erforderlich.

(2) Die weiterführenden Pflichten zur Kontrolle der Flächen nach Beendigung der Maßnahme, ergeben sich aus den gesetzlichen Pflichten des Grundstückseigentümers.

## § 10 Genehmigungen

Der Vertrag lässt aufgrund anderer Vorschriften und Gesetze bestehende Verpflichtungen zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen, Erlaubnissen oder zum Erstellen von Anzeigen unberührt.

## § 11 Sonstige Vereinbarungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung dieser Vorschrift.

(2) Endet vor Fertigstellung der Maßnahme ein Vertragsverhältnis zwischen der Maßnahmeträgerin und einem durch sie gebundenen Unternehmen, so ist die uAWB /uB davon in Kenntnis zu setzen. Die Maßnahmeträgerin verpflichtet sich die Maßnahme kurzfristig mit einem anderen Vertragspartner fortzusetzen.

(3) Sollten Teile dieser Vereinbarung unwirksam sein oder Lücken enthalten, so soll dies die Wirksamkeit der übrigen Teile des Vertrages nicht berühren. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Teile oder zur Lückenfüllung dasjenige zu vereinbaren, was wirtschaftlich unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen und des Ziels des vorliegenden Vertrages sinnvoll ist.

(Ort, Datum) .....

.....  
Landkreis Dahme - Spreewald  
- Der Landrat -

(Ort, Datum) .....

.....  
Amt Unterspreewald  
- Der Amtsdirektor -



